

Gefell geht den Weg der Klage

Die Stadt Gefell wird Klage beim Oberverwaltungsgericht in Weimar einreichen. Forderungen der Stadt bei der Planung des Neubaus der Bundesstraße 90 durch die Deges seien nicht berücksichtigt worden.

02.03.2013 - 08:05 Uhr



(https://media401.otz.de/006E37A8_DC106CEA6C42B3E24A008A2288E373FD)

Verkehrsalltag gegenwärtig in Gefell: Jede Menge Lkw passieren diese Engstelle nahe dem Markt. Bürgermeister Zapf will die überörtlichen Trucker zukünftig aus dem Stadtbild haben, auf die Pendler in beide Richtungen aber im Interesse der örtlichen Handels- und Gewerbetreibenden (z.B. Bäcker, Tankstelle, Apotheke) möglichst nicht verzichten. Foto: Uwe Lange

Gefell. Die Stadt Gefell wird beim zuständigen Oberverwaltungsgericht in Weimar Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss des Landesverwaltungsamtes für den Neubau der Bundesstraße 90 zwischen der Autobahn 9 und der Bundesstraße 2 – südlich Juchhöh – mit der Ortsumgehung Gefell Klage einreichen. Das beschloss der Stadtrat am Donnerstag einstimmig.

Mehrfach hatte sich die Kommune während des Planfeststellungsverfahrens schwerpunktmäßig mit drei Forderungen an die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs und -bau GmbH (Deges) gewandt. Diese wurden nach Aussage von Bürgermeister Marcel Zapf (VUB) vor dem Stadtrat in keinerlei Hinsicht berücksichtigt. Deshalb bliebe nur noch der Klageweg, um sich als Stadt und im Interesse der hier lebenden Menschen Gehör zu verschaffen.

Zu den Kerngedanken aus dem Gefeller Rathaus zählte der angestrebte Teilrückbau der Straße von der Rettenmeier-Kreuzung nach Göttengrün zu einem Wirtschaftsweg. Momentan hat diese Piste einen kommunalen Status. Sie würde mit dem Ausbau der B90 unter überregionalen Aspekten eine verkehrsmäßige Aufwertung erfahren, aber auch einem erhöhten Verschleiß unterliegen. Für Unterhalt und Reparatur müsste aber die Stadt aufkommen. Deshalb ein Wirtschaftsweg mit erhaltener Anbindung an die

B90, der von dortigen Grundstückseigentümern – aber nicht von schweren Lkw – genutzt werden kann.

In der Kritik waren weiterhin die Anbindungen von Gefell an diese neue Bundesstraße, die –bleiben sie so wie geplant – das Passieren der Stadt für den Pkw-Verkehr nach und von Bayern unattraktiv machen würden.

Erklärtes Ziel nicht nur des Bürgermeisters ist es auf der einen Seite, besonders den Lkw-Verkehr, der die B90 und die B2 als Abkürzung zwischen der A72/A93 und der A9 nutzt, aus der Stadt zu bekommen.

"Allerdings sollten wir auch darauf achten, dass unsere Gewerbetreibenden einen nicht zu großen Einbruch erleiden", betonte Zapf. Schließlich gibt es im Ort eine Tankstelle – die letzten Sonnabend als die A9 dicht war, sicher guten Umsatz gemacht hat – ein Einkaufszentrum, drei Bäcker, drei Fleischer, Arztpraxen und die Apotheke.

Bei allen Ambitionen in Sachen Verkehrsberuhigung, gilt es also auch die Zukunft der Infrastruktur im Auge zu haben: ". . . dass nicht in ein paar Jahren nur noch Strohbälle über den Markt rollen." Um eine Reduzierung des Flächenverbrauches zu erreichen, hatten die Gefeller weiterhin für einen Umbau der vorgesehenen Straßenknotenpunkte zu Kreisverkehren votiert. Tenor im Stadtrat war, dass keiner große Brücken und Ab- bzw. Auffahrten benötigt.

In der Diskussion betonte u.a. Bernd Hessel (FWG/IG), dass ein Großteil der Bürger von Göttengrün hinter dem geplanten Rückbau steht. "Die Sache mit Göttengrün, der Rückbau, das müssen wir auf jeden Fall versuchen. Das allein ist schon ein Grund für die Klage", der Meinung war auch Ralf Weinrich (UBV/AL). Er wiederum sah nicht unbedingt die Gefahr, dass es nach dem Neubau der B90 in Gefell zu ruhig wird.

Uwe Lange / 02.03.13

<https://m.otz.de/web/mobil/schleiz/detail/-/specific/Gefell-geht-den-Weg-der-Klage-27127776>